



Niederschrift
zur 22. Sitzung des Rates
der Stadt Lippstadt am 27.02.2012

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt
Beginn: 17:35 Uhr
Ende: 21:20 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Christof Sommer Vorsitzender

CDU-Fraktion

Herr Bernhard Bartscher	Ratsmitglied
Herr Wilhelm Börskens	Ratsmitglied
Herr Werner Bresser	Ratsmitglied
Herr Peter Cosack	Ratsmitglied
Frau Helga de Horn	Ratsmitglied
Herr Michael Peter Demmer	Ratsmitglied
Herr Josef Franz	Ratsmitglied
Herr Klaus Fürstenberg	Ratsmitglied
Herr Franz Gausemeier	Ratsmitglied
Herr Jan Walter Hammer	Ratsmitglied
Herr Friedrich Wilhelm Hülsemann	Ratsmitglied
Herr Gunter Gerd Köhler	Ratsmitglied
Herr Klaus Laufkötter	Ratsmitglied
Herr Antonius Michel-Kemper	Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Herr Otto Brand	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brülle	Ratsmitglied
Frau Dr. Yasmine Freigang	Ratsmitglied
Herr Hans-Joachim Kayser	Ratsmitglied
Herr Thomas Morfeld	Ratsmitglied
Frau Andrea Müller	Ratsmitglied
Herr Christian Nernheim	Ratsmitglied
Frau Gabriele Oelze-Krähling	Ratsmitglied
Frau Sabine Pfeffer	Ratsmitglied
Herr Gunther Schmich	Ratsmitglied
Herr Martin Schulz	Ratsmitglied
Frau MdL Marlies Stotz	Ratsmitglied
Herr Udo Strathaus	Ratsmitglied
Herr Hans Zaremba	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Frau Annette Bergschneider	Ratsmitglied
Herr Dr. Olav Freund	Ratsmitglied

bis TOP 13

Herr Wilhelm Glarmin	Ratsmitglied
Frau Dr. Gabriela Jonas-Ahrend	Ratsmitglied
Herr Jakob Kuhnert	Ratsmitglied
Herr Dr. Bernd Neuhoff	Ratsmitglied

BG-Fraktion

Herr Horst Fritsch	Ratsmitglied
Frau Andrea Heymann	Ratsmitglied
Herr Gisbert Kreß	Ratsmitglied
Herr Werner Langer	Ratsmitglied
Herr Hans-Dieter Marche	Ratsmitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann	Ratsmitglied
Herr Berthold Niehage	Ratsmitglied
Herr Wilhelm Rönnau	Ratsmitglied
Frau Cordula Ungruh	Ratsmitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Eberhard Ballhorn	Ratsmitglied
Herr Axel Bohnhorst	Ratsmitglied
Herr Hans-Günther Ostkamp	Ratsmitglied
Herr Christian Prahl	Ratsmitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Michael Bruns	Ratsmitglied
Herr Burkhard Wolfgang Trahm	Ratsmitglied

Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Rainer Strotmeier	
Herr FBL Joachim Elliger	
Herr FBL Manfred Strieth	
Herr stv. FBL Walter Böhle	
Herr FDL Hartmut Neutzler	
Frau BL Jutta Kleegräfe	
Frau StA Birgit Rubart	Schriftführerin
Herr Matthias Hauschild	
Herr Paul-Gerd Sommer	
Herr Klaus Weber	

außer TOP 1

zur öffentlichen Sitzung

zur öffentlichen Sitzung

zur öffentlichen Sitzung

Entschuldigt fehlten:

CDU-Fraktion

Frau Mechtild Niggemeier	Ratsmitglied
--------------------------	--------------

In öffentlicher Sitzung

6. Fragestunde für Einwohner

Herr Kern bezog sich auf die Gespräche zur Änderung des Bebauungsplanes

Nr. 196 Rixbeck/Dedinghausen Gewerbegebiet Paderborner Straße aus dem Jahr 1995. Seinerzeit sei die Änderung des Bebauungsplanes erfolgt, um dem Betrieb Hummelt & Knoop notwendige Erweiterungsmöglichkeiten zu eröffnen. Nun würden massive Rodungsarbeiten in diesem Bereich durchgeführt. Da Hummelt & Knoop an diesem Standort jedoch nicht mehr produziere, fragte Herr Kern nach, ob die Rodung der Flächen für eine andere Nutzung als eine Betriebserweiterung vorgesehen sei.

Herr Sommer führte dazu aus, dass Festlegungen im Bebauungsplan nicht für einzelne Betriebe getroffen würden. Sofern der Bebauungsplan für diesen Bereich eine erweiterte Nutzung vorsehe, gelte diese Festlegung auch für etwaige Nachfolgefirmen bzw. neue Eigentümer des Firmengeländes. Hinsichtlich weiterer Detailfragen bat Herr Sommer Herrn Kern, sich an den Fachbereichsleiter, Herrn Horstmann, zu wenden.

Vor der weiteren Behandlung der Tagesordnung zeichnete Herr Sommer Herrn Hammer für seine 10-jährige Ratstätigkeit mit der Lippstädter Stadtansicht nach Braun-Hogenberg sowie einem Blumenstrauß aus und dankte für den ehrenamtlichen Einsatz.

7. Antrag der Ratsfraktion Die Linke zum Schuldenportfolio-Management vom 10. 02. 2012

074/2012

Nach Aufrufen dieses Tagesordnungspunktes wies Herr Sommer auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, der den Antrag der Fraktion Die Linke erwidere (s. Anlage).

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich Herr Bruns, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Bresser, Dr. Freund, Prah, Sommer, Hammer und Demmer. Herr Bruns wies darauf hin, dass der Antrag der Fraktion Die Linke zwei Beschlüsse beinhalte und mahnte an, nicht lediglich den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis zu geben, sondern den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses nochmals zu bestätigen. Im Laufe der Aussprache stellte Frau Jasperneite-Bröckelmann den Antrag zur Geschäftsordnung auf Einzelabstimmung der einzelnen Punkte und namentliche Abstimmung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Sommer ließ dann über alle in den Anträgen formulierten Forderungen bzw. über die im Laufe der Diskussion gestellten Anträge getrennt abstimmen.

Der Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Wortlaut:

„Die untere Kommunalaufsicht wird zwecks Überprüfung der Schuldenportfolio-Management-Geschäfte der Stadt Lippstadt eingeschaltet.

Die Haftbarkeit der Verwaltungsspitze soll geprüft werden sowie das Vorliegen von Dienstvergehen und mögliche Regressansprüche gegen diese“

wurde bei 4 Enthaltungen und einigen Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag, den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.02.2012 zu bestätigen, wurde bei einigen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Hinsichtlich der Abstimmung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zur Einschaltung der Münchener Kanzlei Rössner, der in namentlicher Abstimmung erfolgen sollte, gab Herr Dr. Freund einen Hinweis auf die Regelung des § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lippstadt, wonach ein Antrag auf namentliche Abstimmung von drei Ratsmitglieder gestellt werden muss. Der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde daraufhin von allen Mitgliedern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion Die Linke, somit 6 Ratsmitgliedern, unterstützt.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Wortlaut:

„Die Prüfung/Beurteilung

- ob,
- gegen wen,
- in welcher Höhe

Regressansprüche/Haftungsansprüche vorliegen und geltend gemacht werden können, soll durch die auf Kapitalmarktrecht spezialisierte Münchener Kanzlei Rössner geprüft werden. Der Rat erteilt nach § 7 Abs. 1 der Rechnungsprüfungsordnung hierzu der ÖRP den Auftrag, einen entsprechenden Prüfungsauftrag zur Klärung der o. g. Fragen an die Kanzlei Rössner, RA Dr. Weck, München zu vergeben.“

wurde mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgten folgende Stimmabgaben:

Ballhorn, Eberhard:	Enthaltung
Bartscher, Bernhard Franz	Nein
Bergschneider, Annette	Nein
Börskens, Wilhelm	Nein
Bohnhorst, Axel	Enthaltung
Brand, Otto	Nein
Bresser, Werner	Nein
Brülle, Karl-Heinz	Nein
Bruns, Michael	Ja
Cosack, Peter J.	Nein
De Horn, Helga	Nein
Demmer, Michael Peter	Nein
Franz, Josef	Nein
Dr. Freigang, Yasmine	Nein
Dr. Freund, Olav	Nein
Fritsch, Horst	Nein
Fürstenberg, Klaus	Nein
Gausemeier, Franz	Nein
Glarmin, Wilhelm	Nein
Hammer, Jan Walter	Nein

Heymann, Andrea	Nein
Hülsemann, Friedrich-Wilhelm	Nein
Jasperneite-Bröckelmann, Ursula	Ja
Dr. Jonas-Ahrend, Gabriela	Nein
Kayser, Hans-Joachim	Nein
Köhler, Gunter Gerd	Nein
Kreß, Gisbert	Nein
Kuhnert, Jakob	Nein
Langer, Werner	Nein
Laufkötter, Klaus	Nein
Marche, Hans-Dieter	Nein
Michel-Kemper, Antonius	Nein
Morfeld, Thomas	Nein
Müller, Andrea	Nein
Nernheim, Christian	Nein
Dr. Neuhoff, Bernhard	Nein
Niehage, Berthold J.	Ja
Oelze-Krähling, Gabriele	Nein
Ostkamp, Günther	Enthaltung
Pfeffer, Sabine	Nein
Prahl, Christian	Ja
Rönnau, Wilhelm	Ja
Schmich, Gunther	Nein
Schulz, Martin	Nein
Sommer, Christof	Nein
Stotz, Marlies	Nein
Strathaus, Udo	Nein
Trahm, Burkhard	Ja
Ungruh, Cordula	Ja
Zaremba, Hans	Nein

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit folgendem Wortlaut:

„Der Rat beschließt, den Zwischenbericht der ÖRP für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

wurde bei 6 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat beschloss:

1. Der Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10.01.2012 wird umgesetzt.
2. Alle Verfahren zur inhaltlichen Änderung oder Beendigung von bestehenden Derivatgeschäften sind dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat vorzulegen (Erweiterung bestehender Beschlusslagen auf alle Umstrukturierungen oder Auflösungen von Zinssicherungen und Zinsoptimierungen).
3. Die nach der Handreichung zum NKF (§86 GO NRW, Ziff. 4.2.6. Seite 390) vorgesehene detaillierte Information über alle Derivate ist umge-

hend für den Jahresabschluss 2010 nachzuholen und informativ auf den 31.12.2011 ebenfalls sofort öffentlich mitzuteilen.

4. Den Fraktionen sind die vorliegenden Marktwertaufstellungen (Marktwertkonditionen) der WestLB auf die Bewertungsstichtage 31.12.2010 und 31.12.2011 für die abgeschlossenen Zinsgeschäfte zur Kenntnis zu geben.
5. Den Fraktionen ist eine Aufstellung aller bestehenden Darlehn mit Konditionen und Laufzeit zuzuleiten.
6. Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit sind sämtliche seit 2003 erfolgten Beschlüsse und Mitteilungsvorlagen im Rat und im Haupt- und Finanzausschuss sowie die bisherigen vorliegenden Stellungnahmen und Gutachten (die von der Verwaltung zur Darstellung der Thematik angeführt werden, u. a. Schreiben des Städte- und Gemeindebundes, Gutachten der WRG) – sofern notwendige Genehmigungen von dritter Seite zur Veröffentlichung vorliegen – allgemein öffentlich zugänglich zu machen.

Einstimmig zugestimmt bei einigen Enthaltungen

8. Energiesparprojekte in städt. Schulen und Kindergärten
021/2012/1

Unter Bezugnahme auf die Vorlage wurde vom Rat beschlossen:

1. Der Wiedereinführung der Energiesparprojekte an städtischen Schulen und in städtischen Kindergärten wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel aus der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu beantragen.

Einstimmig zugestimmt

9. Finanzielle Zuwendungen an die Fraktionen gemäß § 56 Absatz 3 GO NW hier: Antrag der Ratsfraktion Die Linke vom 30.01.2012
060/2012

An der Aussprache des Tagesordnungspunktes beteiligten sich die Herren Sommer und Bruns. Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Der Antrag der Ratsfraktion „Die LINKE“ vom 30.01.2012 zur Erhöhung des Sockelbetrages von 50 € je Fraktion und Monat unabhängig von der Fraktionsgröße, um einen Mindestbetrag gewährleisten zu können, wird abgelehnt.

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

10. Zuschuss an den städt. Musikverein Lippstadt e. V.;
hier: Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2012/13
022/2012

Nach Wortbeiträgen der Herren Sommer und Bruns beschloss der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Unter dem Vorbehalt der entsprechenden Mittelbereitstellung in dem jeweiligen Haushaltsjahr wird dem Wirtschaftsplan des Städt. Musikvereins Lippstadt e. V. für die Spielzeit 2012/13 zugestimmt. Der darin ausgewiesene Zuschuss in Höhe von 120.500 € soll in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 anteilig mit jeweils 50 % bereitgestellt werden.

Einstimmig zugestimmt bei 2 Enthaltungen

11. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 und Fortführung des freiwilligen Haushaltssicherungsprogrammes (HSP) für die Jahre 2012 bis 2015
055/2012

Für die Ratsfraktionen nahmen die Herren Bresser, Kayser, Dr. Freund und Marche, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Bohnhorst und Herr Bruns Stellung zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 nebst Haushaltsplan und Stellenplan sowie zur Fortführung des HSP für die Jahre 2012 bis 2015 Stellung. (Die Haushaltsreden sind der Niederschrift beigefügt; es gilt das gesprochene Wort).

Im Anschluss an die Haushaltsreden stellte Herr Sommer alle Änderungsanträge zum Erlass der Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan nochmals gesammelt dar und ließ dann über die Fraktionsanträge einzeln abstimmen.

**Zuschuss Kunstverein für die Gebäudekosten des Kunsthauses
am Spielbrink**
(Antrag der CDU-Fraktion)

Erhöhung des Ansatzes um 5.200 € von 19.675 € auf 24.875 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 23 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Senkung des Prozentsatzes für die Berechnung der kalkulatorischen Verzinsung bei allen Gebühren (auch Tochtergesellschaften) auf 5,5 % bei Gebühren Neuberechnungen – spätestens ab dem 01.01.2013

(Antrag der SPD-Fraktion, die Fraktion Die Linke hatte eine Senkung der kalkulatorischen Verzinsung für die Regen- und Schmutzwassergebühr ohne genaue Bezifferung des Zinssatzes beantragt.)

Zu dem Antrag erläuterte Herr Strotmeier, dass eine Senkung des Prozentsatzes für die Berechnung der kalkulatorischen Stammkapitalverzinsung zu verminderten Aufwendungen und damit mittelbar (über die

entsprechenden Gebührenkalkulationen) auch zu Mindererträgen bei der AöR führen könne. Der geänderte Prozentsatz müsse daher ebenfalls für die Verzinsung der Gewinnrücklage der AöR und die sich daraus ergebende Gewinnausschüttung an die Stadt Lippstadt angenommen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Bohnhorst sagte Herr Sommer zu, eine Auflistung nachzureichen, aus der hervorgeht, in welchen Fällen eine kalkulatorische Verzinsung erfolgt.

Senkung des Prozentsatzes für die Berechnung der kalkulatorischen Verzinsung bei allen Gebühren (auch Tochtergesellschaften) sowie Transferzahlungen von Tochtergesellschaften auf 5,5 % bei Gebühren Neuberechnungen – spätestens ab dem 01.01.2013

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 24 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen)

Verbesserung der Radverkehrssituation /Installation von sicheren Fahrradabstellanlagen

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Erhöhung des Ansatzes um 85.000 € von 15.000 € auf 100.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen)

(Antrag der BG-Fraktion)

Erhöhung des Ansatzes um 35.000 € von 15.000 € auf 50.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 11 Ja-Stimmen)

Zweckgebundene Bereitstellung von Mitteln für die Reparatur von Bürgersteigen und Fußwegen

(Antrag der BG-Fraktion)

Bereitstellung von 25.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Bezuschussung von Kleingartenanlagen

(Antrag der BG-Fraktion)

Herr Kayser widersprach dem Antrag mit dem Hinweis, das Haushaltssicherungsprogramm nicht aufweichen zu wollen. Daraufhin schlug Herr Sommer vor, bei Mittelanforderungen der Kleingartenvereine für Materialbeschaffungen und Reparaturen im geringen Umfang bis zu

einem Gesamtaufwand von maximal 3.000 €/Jahr eine Deckung aus anderer Haushaltspositionen zu prüfen, so dass eine Einzelveranschlagung hinfällig sei. Der Rat fasste folgenden Beschluss:

Einrichtung einer Einzelposition für die Bereitstellung von 3.000 € für die Bezuschussung von Kleingartenanlagen

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Bürgerinformationsveranstaltungen zum Radverkehrskonzept und Fahrradaktionstage

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Bereitstellung von 10.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Benennung eines Fahrradbeauftragten in der Verwaltung

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Sommer informierte darüber, dass diese Aufgabe derzeit von Herrn Plack wahrgenommen werde. Nach dem in Kürze anstehenden Ausscheiden von Herrn Plack werde die Stelle erneut ausgeschrieben, wobei die Nachfolgerin/der Nachfolger mit den gleichen Aufgaben hinsichtlich des Radwegeverkehrs betraut werde.

Konzeption und Herrichtung der Südlichen Umflut

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Bereitstellung von 50.000 € für 2012

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Bestandsausbau/Anschaffung von Medien für die Thomas-Valentin-Stadtbücherei

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Erhöhung des Ansatzes um 50.000 € von 50.000 € auf 100.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Erhöhung des Ansatzes um 31.000 € von 50.000 € auf 81.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Einführung eines Sozialtickets in Lippstadt

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Zu diesem Antrag führte Herr Sommer aus, dass die Einführung eines Sozialtickets für den Kreis Soest bereits auf der Agenda des Kreis Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung stehe. Antragsberechtigt für die Förderung aus Landesmitteln zur Deckung des entstehenden Eigenanteiles seien lediglich die Kreise und kreisfreien Städte. Aufgrund dieser Ausführungen bat Frau Jasperneite-Bröckelmann darum, die Angelegenheit seitens der Stadt aufzugreifen und das Anliegen an den Kreis zu melden. Der Rat beschloss:

Über die Einführung eines Sozialtickets wird im Fachausschuss beraten und das Ergebnis der Beratungen an den Kreis gemeldet.

(Einstimmig zugestimmt)

Ausbau des Familienpasses

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Erhöhung des Ansatzes um 30.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Einführung einer Kinder-Beihilfe im Monat Dezember/„Weihnachtsbeihilfe“

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Bereitstellung von 100.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Rücknahme des Wegfalles der sozialen Gruppenarbeit

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Bereitstellung von 54.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Kein Verzicht auf Ausbildung über Bedarf

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Erhöhung des Ansatzes um 32.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Rücknahme der Kürzungen im Fortbildungsetat

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Erhöhung des Ansatzes um 20.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Vermeidung von Personalabbau, Lockerung der Stellenwiederbesetzungssperre und Beförderungssperre

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Erhöhung des Ansatzes um 243.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Kostenlose Ausleihe für Kinder/Rücknahme der Entgeltanhebung Thomas-Valentin-Bücherei

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Verminderung des Ansatzes um 14.000 € von 59.000 € auf 45.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Die Anregung von Frau Jasperneite-Bröckelmann, die Prüfung einer möglichen kostenlosen Ausleihe für Kinder im Fachausschuss zu behandeln, wurde von Herrn Strieth mit dem Hinweis aufgenommen, dass hierfür bereits ein Auftrag vorhanden sei.

Rücknahme der Erhöhung der Entgelte der Volkshochschule

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Verminderung des Ansatzes um 20.000 € von 431.914 € auf 411.914 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Rücknahme der Gebührenerhöhung der Musikschule

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Verminderung des Ansatzes um 45.000 € von 516.000 € auf 471.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Zuschuss an den Kunstverein

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Erhöhung des Ansatzes um 5.000 € von 19.675 € auf 24.675 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt bei 23 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Zuschuss an den Musikverein

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Erhöhung des Ansatzes um 20.000 € von 120.500 € auf 140.500 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Planung von Kultur- und Bürgerzentren für die Kernstadt

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Bereitstellung von 20.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Senkung der Elternbeiträge für Kitas und Ganztagschule (Abschaffung Beitragspflicht für Geschwisterkinder)

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Verminderung des Ansatzes um 100.000 € von 1.400.000 € auf 1.300.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Senkung der Elternbeiträge für Kita- und Schulspeisung

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Bereitstellung von 50.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Förderung des „Tages der Begegnung der Kulturen“

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Erhöhung des Ansatzes um 3.000 € von 3.000 € auf 6.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Rücknahme der Erhöhung der Benutzungsentgelte für städtische Sportanlagen

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Verminderung des Ansatzes um 10.000 € von 60.000 € auf 50.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Belastungen aus Schulden-Portfolio-Beratung/Management

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Verminderung des Ansatzes um 300.000 € von 500.000 € auf 200.000 € bei Verzicht auf eine Ansatzbildung etwaiger Einnahmen

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Hinsichtlich der Anregung von Herrn Kayser, für diese Beträge ein Unterkonto einzurichten, wies Herr Sommer darauf hin, dass eine solche Kontierung in den Sachkonten des Haushaltsplans bereits vorliege.

Geschäftsaufwendungen, Nachrufe, Trauergaben

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Verminderung des Ansatzes um 24.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Ehrengeschenke

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Verminderung des Ansatzes um 16.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Anhebung des Gewerbesteuersatzes von 430 auf 450 Prozent

(Antrag der Fraktion Die Linke)

Der Antrag wurde von Herrn Bruns im Rahmen der Beratungen zurückgezogen, da alle Anträge auf ausgabewirksame Ansatzserhöhungen und einnahmewirksame Ansatzverminderungen abgelehnt wurden.

Sportförderung

Herr Kayser plädierte dafür, sich hinsichtlich der Verteilung der Sportfördermittel dem Vorschlag des Stadtsportverbandes anzuschließen. Dieser sehe aufgrund der hohen Förderung für das Leistungszentrum am Bruchbaum eine Priorität in der Form vor, dass vorrangig Maßnahmen anderer Vereine vor dem SV berücksichtigt werden sollen, erst danach ein Mitteleinsatz für städtische Maßnahmen.

Herr Dr. Freund stellte heraus, dass der städtische Anteil für das Leistungszentrum am Bruchbaum nur unter der Voraussetzung gezahlt werden solle, dass die Mittel ausschließlich für die Renovation der Rasenflächen verwendet werden. Zudem sei die bereits vom SV signalisierte Bereitschaft zu Vereinbarungen mit den Sportvereinen, die über

die bereits bestehenden Kooperationsvereinbarungen mit den Grundschulen hinausgehe, Grundvoraussetzung für die Mittelfreigabe.

Hinsichtlich der geforderten Bestätigung der von der Wirtschaft zugesagten Finanzmittel und der Plausibilität der Kostenkalkulation durch die Verwaltung informierte Herr Sommer die Ratsmitglieder darüber, dass die entsprechenden Ansätze von der Verwaltung mit dem Ergebnis geprüft worden seien, dass die vorgelegten Kalkulationen realistisch erschienen. Herr Sommer gab zudem bekannt, dass ihm seitens eines Konsortiums der heimischen Wirtschaft eine finanzielle Unterstützung für das Gesamtprojekt in Höhe von 1 Millionen Euro fest zugesagt worden sei.

Zur finanziellen Unterstützung von Maßnahmen zur Sportförderung führte Herr Sommer aus, dass im Haushaltsplan 2012 insgesamt ein umfangreiches Sportbudget veranschlagt sei, dass sich aus verschiedenen Haushaltsansätzen zusammensetze.

Eine der wichtigsten Haushaltsstellen sei die Position „Zuschüsse zu den Sportfördermaßnahmen“. Dieser Ansatz sei in den Jahren 2012 und 2013 insbesondere aufgrund der vorgeschlagenen und vom Fachausschuss beschlossenen Förderung des Ausbaues des Lipperbruchbaumes zu einem Fußball-Leistungszentrum deutlich erhöht worden. Gleichzeitig sei in dieser Haushaltsposition ein Ansatz für die Finanzierung der 6. Bahn des Kombibades für den Fall enthalten, dass die kalkulierten Baukosten des Bades durch den Bau dieser Bahn überschritten würden.

Herr Sommer informierte über den Vorschlag der Verwaltung, aufgrund der erheblichen Ansatzserhöhungen in 2012 und 2013 die Ansätze in den Folgejahren entsprechend zu kürzen. Dabei sollten die Ansätze grundsätzlich als flexibel gesehen werden und bei zukünftigen herausragenden und notwendigen Investitionsmaßnahmen der Sportvereine veränderbar sein. So sollten Entscheidungen über mögliche Änderungen der Ansätze im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanberatungen erfolgen.

Die zunächst für die 6. Bahn des Kombibades reservierten Mittel sollten für den Fall, dass sie nicht benötigt werden und keine ausreichend begründeten Vereinsanträge vorliegen, zunächst zur nachträglichen Refinanzierung der Förderung des Lipperbruchbaumes verwendet werden.

Um alle bisher vorgesehenen und vom Sportausschuss vorgeschlagenen Vereins- und städtischen Maßnahmen unabhängig von den benötigten Mitteln für die 6. Bahn sofort umsetzen zu können, solle ein weiterer Teilbetrag von 30.800 € den Vereinsmaßnahmen zugeordnet werden. Dementsprechend sei die letzte Rate für die 6. Bahn des Kombibades im Jahr 2015 entsprechend zu erhöhen.

Der vorgeschlagenen Vorgehensweise wurde bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Sodann beschloss der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage und unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Änderungsbeschlüsse zum Haushaltsplanentwurf:

1. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2012 nebst Haushaltsplan (unter Einbeziehung der mittelfristigen Finanzplanung bis einschl. 2015) und Stellenplan auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs der Haushaltssatzung /des Haushaltsplanes und der beigefügten Veränderungsblätter sowie der soeben gefassten Einzelbeschlüsse zu den Anträgen aus den Fraktionen.
2. Der Rat nimmt die Berichterstattung über die Ausführung des HSP im Jahr 2011 zur Kenntnis und beschließt die Fortführung des HSP für die Jahre 2012 bis 2015.
3. Der Rat beschließt folgenden Sperrvermerk in den Haushaltplan 2012 aufzunehmen:

Bürgerbüro

1. Produktsachkonto: 001.001.002 - 5401200
Auftragssachkonto: 7832199 / B 01012005
Bezeichnung: Einrichtung eines Bürgerbüros - Festwerte
Betrag: 25.000,00 €
 2. Produkt: 001.001.002
Auftragssachkonto: 7832200 / B 01012007
Bezeichnung: Einrichtung eines Bürgerbüros - Inventar über
410 € netto
Betrag: 15.000,00 €
 3. Produkt: 001.012.001
Auftragssachkonto: 7851111 / I 01121001
Bezeichnung: Errichtung eines Bürgerbüros - Baukosten
Betrag: 340.000,00 €
- Freigabe durch: Rat

Haushaltssatzung

der Stadt Lippstadt für das Jahr 2012

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV. NRW. S. 685), hat der Rat der Stadt Lippstadt mit Beschluss vom 27. Februar 2012 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Lippstadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entste-

henden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	139.645.811,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	145.585.068,00 EUR

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	126.573.077,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	125.854.057,00 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	15.785.801,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	18.490.689,00 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

0,00 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

19.596.490,00 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf

0,00 EUR

und

die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans

wird auf 5.939.257,00 EUR
festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000,00 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 229 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 420 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 430 v.H. |

§ 7

Haushaltssicherungskonzept

entfällt

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 6 Gegenstimmen

**12. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Anlegung eines Bürger-
radweges in Lippstadt- Mettinghausen
hier: Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
003/2012**

Unter Bezugnahme auf die Vorlage wurde vom Rat beschlossen:

Der nachstehende Dringlichkeitsbeschluss wird genehmigt.

„Dringlichkeitsbeschluss gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW

Bei dem Auftragskonto I 09021020-7818000 werden für die Weiterleitung des Landeszuschusses für die Anlegung des Bürger-
radweges in Lippstadt-Mettinghausen 85.000

EUR außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Einnahmen in gleicher Höhe bei dem Konto I 09021020 - 6811000“

Lippstadt, den 22.12.2011

gez.
Christof Sommer
Bürgermeister

gez.
Jan Walter Hammer
Ratsmitglied

gez.
Hans-Joachim Kayser
Ratsmitglied“

Einstimmig zugestimmt

**13. Beseitigung des Bahnschotters der ehemaligen Kisker-Bahntrasse
hier: Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe
032/2012**

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich die Herren Sommer, Gausemeier, Horstmann und Ballhorn, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Kayser und Herr Cosack. Herr Ballhorn stellte den Antrag, die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Fachausschuss zurückzuweisen. Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

**14. Unterrichtung über gem. § 83 Abs. 1 GO genehmigte über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen
038/2012**

Die Ratsmitglieder nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**15. 11. Änderung der Anlage zur Vergabeordnung der Stadt Lippstadt
010/2012**

Nachdem Herr Sommer auf eine Frage von Herrn Marche eingegangen war, beschloss der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Die 11. Änderung der Anlage zu § 5 Abs. 2 Vergabeordnung der Stadt Lippstadt wird beschlossen.

Einstimmig zugestimmt bei 3 Enthaltungen

**16. Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG)
hier: Entsendung eines Vertreters der Stadt Lippstadt in den Aufsichtsrat der RLG
047/2012/1**

Unter Bezugnahme auf die Vorlage wurde vom Rat beschlossen:

In den Aufsichtsrat der Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH wird Frau Dr. Yasmine Freigang als ordentliches Mitglied entsandt.

Einstimmig zugestimmt bei einigen Enthaltungen

17. Aufstellung aller im Jahre 2011 durch die Stadt sowie die KWL und die WFL vergebenen Gutachten

072/2012

Zu der Aufstellung äußerten sich die Herren Sommer, Strathaus, Elliger, Kayser, Kreß und Horstmann. Herr Sommer sagte eine Prüfung der Frage von Herrn Strathaus zu, ob hinsichtlich der Beseitigung des Bahnschotters der ehemaligen Kisker-Bahntrasse ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde und wenn ja, in welchem Jahr.

Die Ratsmitglieder nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

18. Richtigstellung der Niederschrift des Rates vom 28.11.2011

071/2012

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Die korrekte Protokollierung zu TOP 10 „Vergabeverfahren zur Veräußerung des stadteigenen Baugrundstückes ‚Ehemaliger Güterbahnhof‘“ der Sitzung des Rates vom 28.11.2011 muss lauten:

1. Zur Fortführung des zweistufigen Vergabeverfahrens – Einleitung des Verhandlungsverfahrens - sind die Zuschlagskriterien an die vorliegenden Bewerber mit der Bitte zu versenden, ihre Konzepte entsprechend zu entwickeln und der Stadt zu präsentieren.
2. Dem von der Verwaltung erarbeiteten Anforderungsprofil und der Bewertungsmatrix mit Zuschlagskriterien wird zugestimmt.
3. Nach Abschluss des Verhandlungsverfahrens sind die von den Bewerbern vorgelegten verbindlichen Kaufangebote einschließlich Bau- und Nutzungskonzeptionen gemäß den Zuschlagskriterien von der Verwaltung vorzuprüfen und zu bewerten. Danach soll eine Jury anhand der Bewertungsmatrix die Qualität der vorgestellten Bau- und Nutzungskonzepte bewerten. Die Jury hat abschließend eine Begründung zu fassen.

(Die Einsetzung der Jury wird erforderlich, wenn, wie zu erwarten, 2 im Wettbewerb zueinander stehende Angebote bzw. Bau- und Nutzungskonzepte eingehen.)

4. Die unter Punkt 3 erwähnte Jury soll wie folgt besetzt werden:
 - Herr Bürgermeister Sommer, Herr Fachbereichsleiter Horstmann als Vertreter der Verwaltung und ein Vertreter der Wirtschaftsförderung.
 - Je ein Vertreter der Ratsfraktionen, wobei der jeweilige Vertreter mit einer proportionalen Stimmenanzahl entsprechend der Sitzverteilung

lung seiner Fraktion im Rat ausgestattet ist.

Es werden benannt für die Fraktion der

CDU:	Werner Bresser
SPD:	Martin Schulz
FDP:	Dr. Bernd Neuhoff
Christdemokraten:	Eberhard Ballhorn
Bündnis 90/Die Grünen:	Ursula Jasperneite-Bröckelmann
BG:	Hans-Dieter Marche
Die Linke:	Martin Rediker

Das Verhältnis der Stimmenanzahl beträgt für die Vertreter der CDU- und SPD Fraktion jeweils 3 und alle übrigen Fraktionen jeweils 1 Stimme(n).

- als nicht stimmberechtigter Berater
 - o Herr RA Dewald
 - o ein noch zu benennender Fachberater aus dem Bereich Architektur/Städtebau

5. Der Vergabevorschlag der Jury ist dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Rat der Stadt Lippstadt zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Einstimmig zugestimmt

19. Fragen der Ratsmitglieder/Berichte der Verwaltung

19.1. Hydraulic Fracturing

Herr Sommer informierte die Ratsmitglieder darüber, dass er den Fraktionsvorsitzenden die ausstehenden Antworten zu den Fragestellungen im Hinblick auf das hydraulic fracturing habe zukommen lassen und bat die Ratsmitglieder, sich bei weiterem Informationsbedarf an diese zu wenden. Seitens der Bundesregierung sei der Hinweis erfolgt, dass ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht sei, durch das insbesondere auch Regelungen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung beschlossen werden sollen.

19.2. Nahverkehrsplan

Frau Jasperneite-Bröckelmann bat um Auskunft zum Nahverkehrsplan des Kreises Soest. Herr Sommer führte aus, dass der Nahverkehrsplan des Kreises Soest den angehörenden Städten und Gemeinden zur Stellungnahme zugeleitet worden sei. Die Stellungnahme sei jedoch nicht im Fachausschuss beraten worden, sondern direkt von der Verwaltung an den Kreis übermittelt worden. Für diese Vorgehensweise bat Herr Sommer um Entschuldigung und sicherte zu, dass umgehend eine Beteiligung des Fachausschusses nachgeholt werde.

Herr Elliger führte aus, dass auch zum jetzigen Zeitpunkt noch die Möglichkeit bestehe, eine Stellungnahme nachzureichen. Aufgrund der Bedeutung des Nahverkehrsplanes für Lippstadt regte Frau Jasperneite-Bröckelmann an, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses zu behandeln. Herr Elliger wird beim Kreis Soest nachfragen, ob ein fachkundiger Mitarbeiter aus dem entsprechenden Dezernat bei der Sitzung für Auskünfte zur Verfügung stehen kann.

19.3. Situation Feuerwehr

Herr Prahl beantragte, in der nächsten Ratssitzung umfassend über die derzeitige Situation bei der Feuerwehr zu berichten. Dazu solle auch die Feuerwehrleitung eingeladen werden, um u. a. einen Überblick über die genutzten Räumlichkeiten zu geben. Herr Sommer informierte darüber, dass in der nächsten Sitzung die Wahl der neuen Wehrführung durch den Rat erfolgen solle.

19.4. Sitzungsplan

Auf die Frage von Herrn Bruns, welche Änderungen der erneut ausgelegte Sitzungsplan enthalte, wies Herr Sommer auf die Verschiebungen des Schul- und Kulturausschuss und des Stadtentwicklungsausschusses im März sowie den geänderten Sitzungstag für die Ratssitzung im Juli hin.

Ende des öffentlichen um 21.20 Uhr

gez. Sommer
Vorsitzender

gez. Rubart
Schriftführerin